

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Jahre 2016 (10.000 €) und 2017 (20.000 €), wird zugestimmt.</p> <p>8. Der Antrag Nr. 08-14 / A 04814 vom 21.11.2013 „Wie geht es älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Landeshauptstadt München?“ ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.</p> <p>9. Von der in Ziffer 7.4 beschriebenen Vorgehensweise zum Personaleinsatzmanagement und den darin vorgeschlagenen Maßnahmen wird zustimmend Kenntnis genommen.</p> <p>10. Ein zentrales jährliches Budget für das Personaleinsatzmanagement in Höhe von 50.000 € wird aus dem zentralen Finanzmittelbestand zur Verfügung gestellt. Die zusätzlichen Mittel werden im Rahmen der Haushaltsplanung oder per Büroweg bereitgestellt.</p> <p>11. Von der in den Ziffern 7.1 und 7.2 des Vortrags beschriebenen Vorgehensweise zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement und zur Krankenbetreuung sowie den darin vorgeschlagenen Maßnahmen wird zustimmend Kenntnis genommen.</p> <p>12. Der Einführung eines dezentralen BEM-Fallmanagements und die zentrale Finanzierung der</p>	<p>Zeitverzögert</p> <p>Erledigt</p>	<p>Zu 10. Die Mittel für das Personaleinsatzmanagement in Höhe von 50.000 € wurden bisher nicht abgerufen, da die personellen Ressourcen nicht wie beantragt genehmigt wurden und erst Kapazitäten neu justiert werden müssen.</p> <p>Zu 12. Der Stadtrat hat am 18.12.2019 mit der Sitzungsvorlage Nr. 14-20/ V 15646 die</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>notwendigen Ressourcen vor Ort gem. Ziff. 7.1.2.2. des Vortrags wird grundsätzlich zugestimmt. Das POR wird beauftragt, nach Vorliegen der Erkenntnisse aus dem kommunalen Austausch und der Auswertung weiterer relevanter Daten erneut zu berichten und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten.</p> <p>13. Ein zentrales jährliches Budget ab 2016 für die Krankenbetreuung in Höhe von 20.000 € für die Leitung der städtischen Selbsthilfegruppe auf Honorarbasis und für das Betriebliche Eingliederungsmanagement für spezielle Trainingsmaßnahmen von BEM berechtigten Personen in Höhe von jährlich 25.000 € wird aus dem zentralen Finanzmittelbestand zur Verfügung gestellt. Die zusätzlichen Mittel werden im Rahmen der Haushaltsplanung oder per Büroweg bereitgestellt.</p> <p>14. Die Ausführungen in den Ziffern 7.3 Zusätzliche Maßnahmen für Menschen mit Schwerbehinderung, 7.5 Prävention durch Wissensmanagement an den Dienststellen und 7.6 Rolle der Rechtsabteilung des Personal- und Organisationsreferat, P 1.4 werden ebenfalls zustimmend Kenntnis</p>	Erledigt	<p>stadtweite Implementierung eines dezentralen BEM-Fallmanagements beschlossen und die Referate/Eigenbetriebe beauftragt, die dafür erforderlichen Kapazitäten und Ressourcen in eigener Verantwortung zum Eckdatenbeschluss 2021 anzumelden. Das vorgeschaltete Pilotprojekt wurde zum 31.12.2019 beendet.</p> <p>Zu 13. Mit dem zentralen jährlichen Budget für die Krankenbetreuung in Höhe von 20.000 € wird eine externe Dienstleistung bezahlt.</p> <p>Die finanziellen Mittel in Höhe von 25.000 € für spezielle Trainingsmaßnahmen wurden durch Beschluss mit der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12821 für „BETSI“ umgewidmet.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>genommen.</p> <p>15. Sofern die benötigten Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, wird das Personal- und Organisationsreferat beauftragt, in 2 Jahren über die stadtweite Weiterentwicklung auf dem Gebiet „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ zu berichten.</p> <p>16. Die Einrichtung und Besetzung der erforderlichen Kapazitäten kann nicht bis zur Genehmigung des Haushalts 2016 bzw. bis zur Aufstellung des Haushalts 2017 zurückgestellt werden. Die Unabweisbarkeit dieser Maßnahme (Personal- und Sachmittel) wird anerkannt.</p> <p>17. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Erledigt	<p>Zu 15. Dieser Bericht wurde in der Stadtratsvorlage Nr. 14-20/ V 11909 vom 11.07.2018/25.07.2018 eingebracht.</p>
4	14-20 / V 07788	07.12.2016/ 14.12.2016	Beschäftigtensicherheit in Dienstgebäuden der Landeshauptstadt München	<p>1. Der Stadtrat stimmt dem vorgeschlagenen Sicherheitskonzept, insbesondere den unter Ziffer 2. des Vortrags vorgeschlagenen Kategorisierungen und Begriffsdefinitionen und den unter Ziffer 4. des Vortrags vorgeschlagenen Mindeststandards und optionalen Maßnahmen zu. Die Mindeststandards sollen in allen Referaten und Eigenbetrieben bis 31.12.2017 umgesetzt sein.</p>	Im Zeitplan	<p>Alle Referate und Eigenbetriebe haben die betriebsorganisatorischen Maßnahmen im Wesentlichen umgesetzt. In einigen wenigen Teilbereichen werden die Umsetzungskonzepte noch bearbeitet.</p> <p>Die von den Referaten und eigenbetrieben beabsichtigte Umsetzung baulicher Maßnahmen ist in weiten Teilen abgeschlossen; einige Änderungen haben sich noch</p>

Lfd. Nr.	Beschluss-nummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>2. Die Referate und Eigenbetriebe werden im Rahmen ihrer Zuständigkeit für den Arbeitsschutz beauftragt, mit Unterstützung des Kommunalreferats und des Fachdienstes für Arbeitssicherheit (POR-FAS) unverzüglich ihre Büroarbeitsplätze anhand der unter Ziffer 2.1 des Vortrags genannten Kriterien zu kategorisieren, die unter Ziffer 4. des Vortrags genannten betriebsorganisatorischen Maßnahmen umzusetzen, insbesondere die Zugangsberechtigungskonzepte zu erstellen und die gewünschten optionalen Sicherheitsmaßnahmen festzulegen. Das Kommunalreferat wird im Rahmen seiner Zuständigkeit nach mfm beauftragt, auf dieser Grundlage in Abstimmung mit den Referaten und Eigenbetrieben die baulichen Maßnahmen zu realisieren, die Vergabe der Sicherheitsdienstleistungen mit der Vergabestelle zu organisieren und die erforderlichen Stadtratsvorlagen einzubringen. Der Stadtrat soll nach Möglichkeit spätestens im Juli 2017 befasst werden.</p> <p>3. „Bekanntgabe des Beschlusses (Art. 52 Abs. 3 GO): Die nicht geheimhaltungsbedürftigen Teile des Beschlusses werden nach Beschlussfassung in geeigneter Form bekanntgegeben.“</p> <p>4. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		<p>ergeben und müssen noch umgesetzt werden. Wenige Stellen sind mit der Umsetzung noch beschäftigt.</p> <p>Das KVR plant für 2020 eine Beschlussvorlage zu einem neuen Alarmierungskonzept. Auch das Sozialreferat plant für das 1. HJ 2020 eine umfangreiche Beschlussvorlage. Die übrigen zur vollständigen Umsetzung benötigten Beschlussvorlagen sind ebenfalls in Bearbeitung bzw. bereits im Stadtrat eingebracht.</p>

Lfd. Nr.	Beschluss-nummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
5	14-20 / V 09865	11.10.2017/ 18.10.2017	Great Place To Work und Betriebliches Gesundheitsmanagement	<p>1. Von dem Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen, der Verknüpfung der Themen GPTW und BGM wird zugestimmt. Um die bereits laufenden Aktivitäten zur Optimierung der Arbeitsbedingungen und somit zur Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten, auch im Sinne von BGM zu erhalten, wird die zentrale Finanzierung der im Rahmen von GPTW bereitgestellten und derzeit besetzten bzw. besetzbaren Stellen für BGM-Aktivitäten (inkl. gesetzlichem Arbeits- und Gesundheitsschutz) um ein weiteres Jahr verlängert. Hierfür werden insgesamt (dezentral und zentral) 9,5 VZA für ein weiteres Jahr finanziert. Die Referate/Eigenbetriebe setzen diese Kapazitäten ausschließlich für die unter Ziffer 2.5 dargestellten Aufgaben ein.</p> <p>Dem Stadtrat wird im 1. Halbjahr 2018 dargestellt, welche Stellen (dezentral bzw. Zentral) in den Referaten und Eigenbetrieben für folgende Aufgaben (Great Place to Work-Koordination, Betriebliches Gesundheitsmanagement, Betriebliches Eingliederungsmanagement, Betriebliche Gesundheitsförderung) bereits eingerichtet sind, welche davon auch tatsächlich besetzt sind, wie lange diese jeweils evtl. befristet sind und welchen konkreten Aufgabenbereich diese jeweils wahrnehmen.</p>	Erledigt	<p>Zu 1. Die Aufträge des Stadtrats wurden mit Beschluss Nr. 14-20/V 11909 vom 11.07.2018 im VPA erledigt. Es wurde die Beschlussvorlage „Great Place To Work, Betriebliches Gesundheitsmanagement, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Betriebliche Gesundheitsförderung und Betriebliches Eingliederungsmanagement</p> <ul style="list-style-type: none"> - Notwendigkeiten - Zusammenhänge - zentrale und dezentrale Aktivitäten und Kapazitäten - gesamtstädtische Steuerung der Themen“ und - ein Konzept zur verbesserten zentralen Steuerung eingebracht.